

9. Interpellation von Josef Gemperle vom 28. März 2012 "Personalentscheide AXPO/EKT Verwaltungsrat" (08/IN 60/424)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Der Interpellant hat das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob er von der Antwort befriedigt sei.

Gemperle, CVP/GLP: Stellen Sie sich vor, dass eine Firma beziehungsweise deren Eigentümer eine strategische Neuausrichtung beschliessen. Die zukünftige Personalpolitik wird aber nicht auf die neuen Ziele ausgerichtet. Wird diese Firma die neuen Ziele erfolgreich erreichen? Meines Erachtens wird dies kaum möglich sein. Gemäss Obligationenrecht trägt der Verwaltungsrat einer Aktiengesellschaft die Gesamtverantwortung für das Unternehmen. In einem Artikel der "Thurgauer Zeitung", der meinen Vorstoss ausgelöst hat, wird Regierungsrat Dr. Kaspar Schläpfer mit der Aussage zitiert, dass der Verwaltungsrat gemäss Aktienrecht eine hohe Verantwortung trage. Eine Aufsicht der Politik lehne er strikte ab. Das Elektrizitätswerk des Kantons Thurgau (EKT) gehört dem Thurgauer Volk zu 100 %, ohne Wenn und Aber. Das Volk hat vor knapp zwei Jahren ein überaus klares Zeichen gesetzt, welche Energiepolitik es will. Der Verwaltungsrat trägt eine hohe Verantwortung. Ist es sinnvoll, dass bei einem Wechsel im Verwaltungsrat unseres EKT nach wie vor Leute portiert und durch den Regierungsrat gewählt werden, die sich immer wieder dezidiert gegen die neue Energiestrategie ausgesprochen haben? Der Regierungsrat geht in seiner umfangreichen, aber nicht umfassenden Antwort nicht auf die eigentliche Kernfrage ein, sondern unterstellt dem Interpellanten indirekt eine einseitige Betrachtungsweise. Hingegen lobt er seine eigenen, umfassenden Anforderungsprofile für Verwaltungsräte trotz des noch nicht vergessenen Desasters beim EKT nach wie vor als richtig. Meines Erachtens ist das, freundlich gesagt, eine sehr mutige Aussage des Regierungsrates. Ich **beantrage** Diskussion und bitte den Grossen Rat, eine sachliche Diskussion zu ermöglichen.

Abstimmung: Diskussion wird mit 54:4 Stimmen beschlossen.

Diskussion

Gemperle, CVP/GLP: Es liegt mir fern, eine Polemik aufgrund dieser Praxis des Regierungsrates aufzuziehen. Ich möchte auch betonen, dass mir das EKT sehr nahe steht. Meines Erachtens macht es eine gute Arbeit. Über einige Punkte müssen wir hier aber offen sprechen können. Weshalb fällt es dem Regierungsrat so schwer, auch nur ein kleines Zeichen in Richtung unseres sicher berechtigten Anliegens zu geben? Ich verstehe das beim besten Willen nicht. Im Kanton Thurgau bestehen in der Energiepolitik

überaus klare und vom Volk abgesegnete Signale. Warum verschliesst sich der Regierungsrat derart konsequent und verteidigt seine bisherigen Anforderungsprofile? Wir alle wissen, dass nicht nur die in der Antwort des Regierungsrates enthaltenen Anforderungsprofile massgebend sind. Auch andere, nur allzu verständliche Gründe geben immer wieder den Ausschlag für eine Wahl in den Verwaltungsrat. Die Tatsache, dass der Regierungsrat mit dem Gesetz zum EKT mit einer hohen Machtfülle bedient worden ist, erleichtert Ernennungen, bei denen wohl noch andere Fakten eine Rolle spielen. So mag man einem ehemaligen Regierungsratskollegen ein gut bezahltes Axpo-Mandat gönnen. Auch wir gönnen ihm dieses, erwarten aber, dass er unsere vom thurgauischen Volk abgesegneten Ziele in den Verwaltungsrat der Axpo Holding AG einfliessen lässt. Natürlich haben wir zur Kenntnis genommen, dass auch die andere weibliche Ständerätin, mit ihrer soliden kaufmännischen Berufsausbildung und dem eidgenössischen Diplom, ihren Erfahrungen im Finanzwesen als Mitglied der Finanzkommission des National- und Ständerates und ihrer siebenjährigen Führungserfahrung an der Spitze der nationalrätlichen Bundeshausfraktion, die genannten Anforderungen des Regierungsrates ohne Probleme erfüllt hätte. Weshalb tut sich der Regierungsrat so schwer damit? Wir gönnen langjährigen, verdienten Führungskräften der Parteien solche Mandate. Umso mehr, als dann meist auch die Parteikasse von einem Anteil des Verwaltungsratsmandates profitiert. Die Zustimmung für eine nachhaltige Energiepolitik in unserem Thurgauer Volk ist aber derart hoch, dass es eigentlich einfacher sein müsste, jemanden aus diesem Lager auszusuchen und zu delegieren als umgekehrt. Weshalb tut sich der Regierungsrat so schwer damit? Wir haben Verständnis dafür, wenn der Regierungsrat aus taktischen Gründen einen Vertreter eines aufmüpfigen Fachverbandes in den Verwaltungsrat delegiert und damit eine bessere Integration bewirkt. Wie alle diese Beispiele zeigen, überlegt der Regierungsrat sehr wohl und sehr genau, was er mit einer Wahl erreichen will und kann. Wir fragen uns nur, weshalb der Regierungsrat die eben geschilderten Werte und Ziele höher gewichtet als die Kenntnisse im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien. Unsere Fraktion fordert seit Jahren eine Verstärkung genau in diesem Bereich. Nicht aus ideologischen, sondern aus rein logischen Gründen. Langfristig führt kein Weg an einer nachhaltigen Energiepolitik vorbei. Wir erwarten, dass der Regierungsrat dieser selbst von Economiesuisse nicht in Frage gestellten Aussage Rechnung trägt und in der zukünftigen Personalpolitik berücksichtigt. Es ist sonst mit Sicherheit nur eine Frage der Zeit, bis wir ein neues Desaster beim EKT oder gar bei der Axpo sehen werden. Die Zahlen des Energiekonzerns Alpiq und der BKW Energie AG sollten uns zum Nachdenken anregen. Nach einem Defizit von 1,3 Milliarden Franken in Jahr 2011 verbuchte die Alpiq im Geschäftsjahr 2012 einen neuerlichen Verlust von 1,1 Milliarden Franken. Die Alpiq begründet das Desaster damit, dass Rezession, Energiewende und die Forderung von erneuerbaren Energien die Stromversorgung erschüttern und verändern würden. Alpiq wird vom dezidierten Atomlobbyisten Hans Schweighart geführt. Über die BKW war in der "Berner Zeitung" zu lesen: "Die BKW muss die

Krise dazu nutzen, sich neu zu erfinden. Und dies in Zusammenarbeit mit innovativen Berner Firmen, die in der Energietechnik tätig sind." Diese Beispiele zeigen einmal mehr auf, dass es überlebenswichtig ist, bei der Personalpolitik die Trends der Zukunft zu berücksichtigen. Ich fordere namens meiner geschlossenen Fraktion, dass der Regierungsrat in Zukunft auch diese Kriterien in seine Überlegungen miteinbezieht. Wir erwarten hier ein klares Zeichen.

Streckeisen, EDU/EVP: Auch die EVP/EDU-Fraktion kann die Richtigkeit der Aussage des Regierungsrates nicht nachvollziehen. Dieser schreibt, dass er bei der Besetzung des Verwaltungsrates auf fachliche und politische Ausgewogenheit achte. Aber gerade bei der energiepolitischen Position können wir diese Ausgewogenheit nicht finden. Unseres Erachtens ist es wichtig, dass der Regierungsrat in Zukunft mehr Sensibilität bei der Besetzung von frei werdenden Verwaltungsratsmandaten entwickelt. Seit dem Einreichen der Interpellation entwickelt sich das EKT im Sinne der Marschrichtung der Thurgauer Energiepolitik. Als Beispiel möchte ich das Projekt des Geothermiekraftwerkes erwähnen, das im Oberthurgau geplant wird. Wir stellen fest, dass die Interpellation doch eine gewisse Wirkung entfaltet hat.

Stuber, SVP: Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion teilt die Argumentation des Regierungsrates in seiner Antwort zur Interpellation. Auch wir sind der Auffassung, dass starke Führungskräfte mit breitem Netzwerk und oder entsprechendem technischem oder wirtschaftlichem Fachwissen in den genannten Gremien Einsitz nehmen sollen. Die Voraussetzungen bringen sowohl Roland Eberle, Verwaltungsrat der Axpo Holding AG, als auch Peter Schütz, Verwaltungsrat der Axpo Grid AG, in hohem Mass mit. Der Verwaltungsrat der EKT Holding AG muss über einen am Markt ausgerichteten, unternehmerischen Handlungsspielraum verfügen können. Aufgabe der Öffentlichkeit und damit des Staates und von uns ist es, die notwendigen und förderlichen Rahmenbedingungen für die Zielformulierung einer neuen Energiepolitik zu schaffen und nicht in Unternehmungen hineinzureden. Meines Erachtens haben wir diese im Thurgau in den letzten Jahren mit verschiedenen Gesetzesvorlagen und Verordnungen äusserst fortschrittlich und vorbildlich geschaffen. Ich erinnere an das Gesetz über die Energienutzung. Ob die Energiewende erreicht werden kann oder nicht, hängt bei den heutigen Rahmenbedingungen in erster Linie von uns allen als Energiekonsumenten ab. Als solche sind wir nämlich die gewichtigen Marktteilnehmer und bestimmen mit unserer Nachfrage und unserem Verhalten die Strategie der Energiekonzerne. Wir sehen zurzeit keinen Handlungsbedarf für personelle Veränderungen.

Leuthold, CVP/GLP: Ich bin froh darüber, dass mein Fraktionskollege mit seiner Interpellation die personelle Besetzung in den Verwaltungsräten der Axpo und des EKT beanstandet. Erlauben Sie mir einen Blick zurück ins Jahr 1969: Erstmals landen Men-

schen auf dem Mond, die Beatles spielen noch in ihrer Originalformation, der erste Mikroprozessor wird erfunden, Richard Nixon wird 37. Präsident der USA. Ebenfalls 1969 geht in der Schweiz das Atomkraftwerk (AKW) Beznau ans Netz. Es ist zurzeit das dienstälteste Atomkraftwerk der Welt; und es läuft und läuft und läuft. Das AKW Beznau gehört der Axpo, an welcher das EKT zu rund 12 % beteiligt ist. Mir ist bei dem Gedanken äusserst unwohl, Mitbesitzer des ältesten AKW der Welt zu sein. Ich hoffe für uns, vor allem aber für unsere Kinder und Enkelkinder, dass es gelingen wird, die atomaren Freiluftversuche in der Schweiz möglichst bald zu einem störungsfreien Ende zu bringen. Seit 1969 hat sich Vieles verändert, und auch der Energiemarkt hat sich drastisch gewandelt. Die Menschen sind nach den atomaren Zwischenfällen in Tschernobyl und Fukushima kritischer geworden. Das Kantonsparlament und die Thurgauer Bevölkerung haben erkannt, dass die Energiepolitik der Vergangenheit in eine Sackgasse führt. Sie haben einer Neuausrichtung der Energiepolitik vor zwei Jahren zugestimmt. Erneuerbare Energien aus Wasser, Sonne, Wind, Erdwärme und Biomasse haben nachweislich das Potenzial, die fossilen konventionellen Energieträger abzulösen. Die Energiewende ist ein Generationenprojekt von hoher Priorität, die Herausforderung durchaus vergleichbar mit der Mondlandung von 1969. Ein ambitioniertes, aber trotzdem machbares und realistisches Ziel und letztlich eine Frage des politischen Willens. Doch genau hier liegt der dicke Hund begraben. In den Verwaltungsräten der Energiekonzerne werden die Weichen für die Energiezukunft gestellt. Deshalb sollten hier genügend Fachleute Einsitz nehmen. Aber nur gerade zwei der sieben Verwaltungsräte des EKT verfügen über einen technischen Hintergrund. Bei der Axpo sieht es nicht viel besser aus. Die Axpo gehört insgesamt 16 Kantonen. Der Verwaltungsrat besteht zum grossen Teil aus Regierungsräten. Von den 13 Mitgliedern des Verwaltungsrates haben nur gerade deren drei technisches Fachwissen. Es ist mir klar, dass in einem Verwaltungsrat auch die Kompetenzen von Betriebswirtschaftlern, Finanzexperten und Politikern gehören. Es ist aber offensichtlich, dass in den aktuellen Verwaltungsräten des EKT und der Axpo die Fach- und Sachkenntnis weniger eine Rolle spielt, als vielmehr das richtige oder rechte Parteibüchlein. Von solchen Gremien können wir keine mutigen, visionären oder nachhaltigen Entscheidungen erwarten. Der Regierungsrat hat mit seinen Personalentscheiden beim EKT und der Axpo die falschen Prioritäten gesetzt. In den letzten 30 bis 40 Jahren stellten sich keine solchen Fragen. Die Gewinne sprudelten üppig, und mit den Argumenten "Versorgungssicherheit" und "drohende Stromlücke" konnte man fast jede Abstimmung gewinnen. Leider sind diese goldenen Zeiten nun vorbei, und wir müssen jetzt die Hausaufgaben machen. Das Thurgauer Parlament und die Bevölkerung haben sich ausdrücklich für die Neuorientierung der Energiepolitik ausgesprochen. Ich fordere den Regierungsrat deshalb auf, diesen Volkswillen bei nächster Gelegenheit zu respektieren und bessere Personalentscheide zu treffen.

Andreas Guhl, BDP: Wir nehmen zu zwei Antworten des Regierungsrates auf die Fragen des Interpellanten Stellung. 1. Frage 3: Der Regierungsrat schreibt, dass der Verwaltungsrat der EKT Holding AG fachlich und politisch ausgewogen besetzt sei. Dieser Aussage können wir nicht zustimmen. Mit je zwei Vertretern der SVP und FDP verfügen diese Parteien über eine komfortable Mehrheit im Verwaltungsrat des EKT. Beim nächsten Wechsel fordern wir das nötige Feingefühl bei der Besetzung des freien Sitzes, und es soll die Fachkompetenz in Vordergrund gestellt werden. 2. Frage 7: Dass die Entschädigung des Verwaltungsrates durch ihn selber festgelegt wird, entspricht dem Aktienrecht und den Statuten. Dass die Behörden und Organe von Firmen ihre Entschädigungen festlegen und genehmigen, ist nicht mehr zeitgemäss. Selber festlegen ja, aber genehmigen sollen dies die Aktionäre. Wir finden den Umstand nicht gut, dass auch Behörden und öffentliche Körperschaften ihre Entschädigungen selber bestimmen. Wir werden diesen Punkt in den nächsten Jahren immer wieder ansprechen und gegebenenfalls Vorstösse zur Verbesserung der Entschädigungspraxis einreichen. Der Regierungsrat bezeichnet die Entschädigung des Verwaltungsrates als massvoll und erwähnt dabei die Vielfalt der Aufgaben sowie die Höhe des Jahresumsatzes. Ich habe daraufhin den Jahresbericht der AEW Energie AG, des Aargauer Werkes, studiert und dabei festgestellt, dass dieses dreimal mehr Umsatz macht und noch vielfältigere Aufgaben hat. Der Verwaltungsrat erhält insgesamt jedoch weniger Entschädigung. Eine Personalkommission für die Entschädigung, welche die Höhe der Zahlungen festlegt und der Regierungsrat als Vertreter der Aktionäre, der die Entschädigungen genehmigt, entsprechen am ehesten dem neuen Zeitgeist.

Egger, GP: Die Grüne Fraktion ist von der sehr formellen Antwort des Regierungsrates enttäuscht. Wir sind uns zwar darüber einig, dass die Haltung zur kantonalen Energiepolitik nicht das einzig massgebende Kriterium für die Besetzung der Verwaltungsratsmandate bei der Axpo und dem EKT sein kann. Finanzkenntnisse und Führungserfahrung sind ebenso wichtig. Es geht aber nicht an, dass die grosse Mehrheit der Verwaltungsräte die kantonale Energiepolitik nicht stützt und sich der Diskussion verweigert. Das bedeutet, dass fachliche Qualitäten kaum gewichtet werden. Das wichtigste Kriterium eines Kandidaten scheint für den Regierungsrat zu sein, dass dieser eine politische Vernetzung hat, und zwar im Umfeld jener, die unsere "alte" Energiepolitik möglichst weiterführen wollen. Ich habe zwei Beispiele erlebt, die mich sehr erstaunten: 1. An der 1. Augustfeier meines Wohnortes, wohlweislich ein festlicher Anlass, deklassierte unser Thurgauer Verwaltungsrat der Axpo die Energiepolitik als absolut konzeptionslos. Wir wissen alle, dass sowohl der Regierungsrat, der Grosse Rat als auch die grosse Mehrheit unserer Bevölkerung gegenteiliger Meinung sind. 2. An der Bilanzmedienkonferenz des EKT sprach sich der Verwaltungsratspräsident gegen jegliche Lenkungsabgaben aus. Obwohl er das Gegenteil behauptet, mischt er sich auch in die Politik ein. Er hat seine Ablehnung mit der Marktverzerrung begründet. Es ist aber jedem Ökonomen klar, dass gerade Len-

kungsabgaben den Markt weniger verzerren als beispielsweise die Förderbeiträge. Lenkungsabgaben sind in der Energiestrategie des Bundes ausdrücklich vorgesehen. Die Beispiele zeigen, dass sich die wichtigsten Exponenten der Diskussion über eine neue Energiepolitik verschliessen. Der Regierungsrat spricht in seiner Antwort von einer politisch ausgewogenen Besetzung des Verwaltungsrates des EKT. Meines Erachtens zeigen die Beispiele deutlich, dass dies überhaupt nicht der Fall ist. Wir brauchen Leute, die sich der Diskussion stellen, Herausforderungen annehmen und bereit sind, auch neue Lösungsansätze wie ein erneuerbares Basisangebot für alle Stromkunden, Lenkungsabgaben, Investitionen in Photovoltaik, Leistungsaufträge an die Energieversorgungsunternehmen usw. zu erarbeiten. Uns scheint es wichtig, dass sich die Energieversorger wie das EKT der Diskussion stellen und auch daran teilnehmen, denn der Handlungsspielraum des EKT ist wesentlich grösser, als ihn der Regierungsrat in seiner Antwort darstellt. Ich erwarte, dass bei den nächsten Personalentscheiden Persönlichkeiten gewählt werden, die die Grundsätze der Thurgauer Energiepolitik mittragen und ihnen nicht diametral widersprechen.

Gschwend, FDP: Ich spreche für die FDP-Fraktion. Unseres Erachtens ist die Antwort des Regierungsrates richtig und vollständig. Der Inhalt der Interpellation läuft auf die eine Kernfrage hinaus: Wird die vom Thurgauer Volk dem Parlament und dem Regierungsrat vorgeschlagene Stossrichtung der kantonalen Energiepolitik durch die gefällten Personalentscheide des Regierungsrates für den Verwaltungsrat der Axpo und des EKT gestärkt respektive gefördert oder nicht? Nach unserer Meinung ist nach den vergangenen turbulenten Jahren mit den gefällten Personalentscheiden beim EKT wieder Ruhe und Kontinuität eingetreten und der Verwaltungsrat kommt seinen Verpflichtungen als strategisches Leitungsorgan in jeder Hinsicht nach. Dies beweist auch der erneut gute Geschäftsgang 2012. Alle drei Gruppengesellschaften lieferten positive Ergebnisse ab. Die EKT AG, als regionale Netzbetreiberin, schloss das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 7,2 Millionen Franken ab. Die EKT Energie AG erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Unternehmenserfolg von 3,4 Millionen Franken und die hebbag AG in ihrem dritten Jahr einen Erfolg von Fr. 300'000.--. Somit schliesst die EKT Holding AG das Berichtsjahr mit einem Gewinn von 11,6 Millionen Franken ab und schlägt als Gewinnverwendung eine Dividende von fast 10 Millionen Franken an den Kanton vor. Ein solches Ergebnis ist nur dann möglich, wenn auf allen Ebenen, das heisst, dass sowohl im operativen wie auch im strategischen Bereich, sehr gute Arbeit geleistet wird. Dass die EKT-Gruppe die angestrebte Energiewende mitträgt, belegt nicht zuletzt die hebbag AG sowie die Aktivitäten der EKT Energie AG hinsichtlich alternativer Energien. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Regierungsrat mit Peter Schütz eine als Unternehmer versierte Persönlichkeit für den Verwaltungsrat der Axpo Netzgesellschaft vorgeschlagen hat, welche ihr technisches und betriebswirtschaftliches Fachwissen in das Gremium einbringen kann. Die Vernetzung mit dem EKT kann dabei nur Vorteile bieten.

Es scheint fraglich, ob die Netzgesellschaft wirklich die Energiestrategie von Bund und Kantonen beeinflussen kann, wie dies der Interpellant unterstellt. Gemäss Aktienrecht und Statuten ist es richtig, dass der Verwaltungsrat seine Entschädigung selber festlegt. Auch bezüglich der Verwaltungsratshonorare erachten wir die Antwort des Regierungsrates als richtig. Die Grundsätze sind korrekt dargestellt und die Bemessungskriterien leuchten ein. Eine "Neiddebatte" wäre jedenfalls fehl am Platz.

Kern, SP: Meine Zeiten beim Lesen der Beantwortung von Interpellationen durch den Regierungsrat waren schon glücklicher. Bekanntlich ist der Regierungsrat aber nicht für die Glückseligkeit der Parlamentarier zuständig. Er hat vor allem sachlich und politisch zu antworten. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Sachlichkeit in der Beantwortung der Interpellation Gemperle den Regierungsrat mindestens im ersten Teil etwas verlassen hat. Es ist die Aufgabe eines Parlamentariers und einer Parlamentarierin, dort Fragen zu stellen, wo sie der Meinung sind, dass Korrekturen nötig sind. Wenn der Regierungsrat in seiner Beantwortung der Frage 3 behauptet, dass der Verwaltungsrat politisch ausgewogen zusammengesetzt sei, ist er mindestens auf dem energiepolitischen Auge blind. So ist dem aufmerksamen Leser des Geschäftsberichtes des EKT nicht entgangen, dass von sieben Verwaltungsräten nur gerade ein Verwaltungsrat dem rot-grünen Lager angehört. Also jener politischen Seite, welche uneingeschränkt für den Atomausstieg und die Energiewende einsteht. Wo ist hier die politische Ausgewogenheit? Mit der Zusammensetzung des Verwaltungsrates in dieser Form ist die SP-Fraktion nicht einverstanden. Wir fordern den Regierungsrat auf, eine Eigentümerstrategie, welche nicht nur der finanzpolitischen, sondern vor allem auch jener der energiepolitischen Ausrichtung Rechnung trägt, festzulegen. Die Energiewende ist auch im Kanton Thurgau politisch beschlossen und gewollt. Diese Kräfte braucht es nun im Verwaltungsrat.

Dransfeld, SP: Würde das Organisationskomitee des Openair Frauenfeld ausschliesslich von Mitgliedern des Männerchors Ermatingen besetzt sein, hätte man wohl Bedenken, ob das die richtige Besetzung ist. Kritik über die ausgewogene Besetzung wäre berechtigt. Ähnliche Gedanken beschäftigen mich im Zusammenhang mit dem aktuellen Thema. Der Regierungsrat schreibt zu Recht, dass Fähigkeiten wie Unternehmensführung, Kenntnisse in Wirtschaft, Volks- und Betriebswirtschaft, Analysefähigkeit, Urteilsvermögen, breite Anerkennung und Vernetzung sowie vorausschauendes Denken wichtige Voraussetzungen darstellen, um in diesem Verwaltungsrat mitzuwirken. Das ist richtig und sollte dazu beitragen, dass Missstände oder ein Skandal, wie wir ihn vor einigen Jahren erlebt haben, nicht mehr vorkommen. Dennoch gehe ich mit dem Interpellanten einig, dass auch ein grosses Mass an Unabhängigkeit, Fachkenntnis und insbesondere Identifikation mit der aktuellen Energiepolitik nötig ist. Eine Energiepolitik, die seit einigen Jahren vorbildhaft von unserem Kanton getragen wird, für die wir noch vor wenigen Jahren belächelt wurden, die aber die Zukunft darstellt. Davon bin ich überzeugt. Sollten

zahlreiche Mitglieder des Verwaltungsrates einer gleichen Partei nahestehen oder angehören, eine Mehrheit des Verwaltungsrates wenige Fachkenntnisse besitzen und eine Mehrheit wenig Identifikation mit der neuen Energiepolitik und der Energiewende zeigen, glaube ich tatsächlich, dass Fragen berechtigt wären. Ich würde behaupten, dass diese Fragen dann berechtigt wären, wenn allesamt Mitglieder der SP wären. Ich bitte Sie, den Interpellanten ernst zu nehmen, seine Argumente zu würdigen und dazu beizutragen, dass der Verwaltungsrat des EKT fachlich und politisch die Stossrichtung unterstützt, die die Mehrheit beschlossen hat und auf die wir stolz sein dürfen.

Gubser, SP: Vor fünf Jahren war Dr. Hansjakob Zellweger Verwaltungsratspräsident des EKT. Nach dem Debakel um die Lehman Brothers wurde er durch Rainer Siegrist abgelöst, seines Zeichens Präsident der Gönnervereinigung der FDP. Nun wird Peter Schütz als Nachfolger in Position gebracht. Meines Erachtens gehört das Präsidium nicht einfach der FDP. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Somm, CVP/GLP: Vor fünf Jahren erlebten wir das EKT-Desaster mit der Vernichtung von 36 Millionen Franken Volksvermögen. Wir haben das auf thurgauische Art und Weise gelöst. Es sind keine Köpfe gerollt. In anderen Kantonen wäre dies wahrscheinlich geschehen. Es gab einen verzögerten, aber geordneten Rücktritt des Verwaltungsratspräsidenten. Regierungsrat Dr. Kaspar Schläpfer hat sich aus dem Verwaltungsrat zurückgezogen. Geblieben ist unter anderem das Mitglied des Verwaltungsrates, Peter Schütz. Meines Erachtens ist es sehr unsensibel, Mitglieder, die in dieser Situation wahrlich nicht brilliert haben, danach noch mit einem Verwaltungsratsmandat bei der Axpo quasi zu belohnen. Der Regierungsrat schreibt in der Beantwortung von Frage 3 der Interpellation, dass die Ausrichtung der Energiepolitik auf dem politischen Parkett geschehe und das Schweizer Volk letztlich das letzte Wort habe. Das stimmt zu einem Teil. In Zukunft wird in der Energiepolitik sehr viel geschehen. Da gibt es Vernehmlassungen und Vernehmlassungsantworten von verschiedenen Teilnehmern. Einer der wichtigsten dieser Teilnehmer ist die Axpo. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, weshalb wir einen Vertreter in den Verwaltungsrat der Axpo delegieren, der die Energiepolitik des Parlamentes und auch des Regierungsrates nicht vertritt. In den letzten Jahren hatten wir auch einige brisante politische Abstimmungen wie beispielsweise über die Flat Rate Tax oder über die Bodensee-Thurtalstrasse (BTS) und Oberlandstrasse (OLS). Der Regierungsrat hatte grössten Wert darauf gelegt, dass sich seine Kantonsangestellten loyal verhalten. Sie waren aufgefordert, keine Leserbriefe zu schreiben und sich nicht öffentlich in der Diskussion zu äussern. Weshalb hier die Loyalität, als Entscheidungskriterium, wen man in die Verwaltungsräte schickt, plötzlich keine Rolle spielen soll, ist mir sehr schleierhaft. Der Regierungsrat soll von den amtierenden Verwaltungsräten eine strikte Trennung ihrer Tätigkeiten und ihrer Verwaltungsratsmandate verlangen. Es wäre äusserst störend, wenn Verwaltungsräte des EKT plötzlich eigene Firmen gründen, die

Energie produzieren und sämtliche Energie, die sie produzieren, nachher dem EKT verkaufen.

Regierungsrat **Dr. Schläpfer**: Ich nehme die geäusserte Kritik zur Kenntnis. Ich halte diese aber weitgehend als unberechtigt. Sie ist gegenüber den Betroffenen teilweise unfair. Ich bin davon überzeugt, dass die Personalwahl und auch die Zusammensetzung des Verwaltungsrates des EKT ausgezeichnet sind. Auch für den Verwaltungsrat der Axpo ist eine gute Wahl getroffen worden. Der Interpellant hat sieben Fragen gestellt. Wir haben diese in der schriftlichen Antwort nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet. Ich verweise auf die schriftlichen Ausführungen. Mit der Interpellation haben der Interpellant und die Mitunterzeichner sinngemäss zum Ausdruck gebracht, dass für sie die Besetzung von Mandaten im Energiebereich einzig die Einstellung zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wichtig ist. Dies wurde heute von verschiedenen Votanten betont. Andere Aspekte zählen für diese offenbar nur untergeordnet. Demgegenüber ist der Regierungsrat der Meinung, dass andere Aspekte gleich grosse Bedeutung haben. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Stromversorgung für unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist. Nach der Wasserversorgung ist es die zweitwichtigste Ressource. Volkswirtschaftlich betrachtet ist es enorm wichtig, dass wir nicht nur heute, sondern auch in 10, 20 und 30 Jahren eine zuverlässige und ausreichende Stromversorgung besitzen. Davon sind wir und unser Wohlstand abhängig. Dafür sind die sich in der öffentlichen Hand befindlichen Unternehmen wie die Axpo und das EKT von allergrösster Bedeutung. Die beiden Unternehmen haben eine entsprechend grosse Verantwortung wahrzunehmen. Sie stehen in schwierigen Zeiten. Die Strompreise sinken. Das erschwert die Wirtschaftlichkeit enorm. Die politische Situation ist unklar. Es ist sehr schwierig, eine gute Politik und Unternehmensführung zu machen. Da braucht es wirklich erfahrene und gute Leute. Ebenfalls dürfen wir nicht vergessen, dass die Axpo und das EKT in den vergangenen 100 Jahren ausgezeichnete Arbeit geleistet und in allen Jahren unsere Stromversorgung sichergestellt haben. Sie leisteten damit einen massgeblichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Kantons und zum Wohlstand unserer Bevölkerung. Der Regierungsrat fühlt sich verantwortlich und bemüht sich, die von ihm zu besetzenden Positionen im Verwaltungsrat der Axpo und des EKT sorgfältig auszuwählen. Wir sind davon überzeugt, dass die amtierenden Personen für die Erfüllung der obliegenden Aufgaben geeignet sind. Für die Besetzung des Verwaltungsrates des EKT folgt der Regierungsrat den Vorgaben der Eigentümerstrategie. Beim EKT wurde diese letztmals anfangs 2011 überarbeitet und mit einem Regierungsratsbeschluss vom 8. Februar 2011 verabschiedet. Der Grosse Rat hat die Eigentümerstrategie als Anhang zur Antwort auf den Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Urs Martin "Strategiebericht zur Zukunft der Elektrizitätsversorgung im Thurgau" erhalten. Die Eigentümerstrategie ist damit offengelegt. Daraus sind die Kriterien zu entnehmen. Beispielsweise werden fach-

liche Kriterien sehr stark gewichtet. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass auch die Angehörigkeit einer politischen Partei oder das Ausüben eines politischen Amtes nicht einfach ein Ausschlussgrund darstellen soll. Es ist wichtig, dass die Verwaltungsräte auch politisch geerdet sind und zumindest einzelne Mitglieder der Verwaltungsräte auch Mitglieder einer politischen Partei sind und politische Ansichten vertreten können. Gerade für dieses Gremium ist es sehr wichtig, dass man nicht parteilos ist. Die Axpo will bis 2030 3 Milliarden Franken in erneuerbare Energien investieren. Es gibt in der Schweiz kein anderes Unternehmen, das so viel Geld in erneuerbare Energien investieren will. Das EKT prüft zurzeit 30 Projekte zur Förderung erneuerbarer Energien, hat das Holzkraftwerk hebbag AG gegründet und auf allen seinen Firmendächern Photovoltaikanlagen angebracht. Welches Unternehmen im Kanton Thurgau hat so viel zur Förderung der erneuerbaren Energien unternommen? Die Axpo und das EKT bekennen sich zur Förderung der erneuerbaren Energien und unternehmen dafür mehr als alle anderen. Das darf man nicht vergessen oder einfach verschweigen. Da werden grosse Leistungen im Sinne der Energiepolitik des Regierungsrates erbracht. Die Axpo und der Regierungsrat haben in Bezug auf den Atomausstieg überhaupt keine Differenzen. Beide befürworten diesen. Es ist klar, dass keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut werden sollen. Es gibt auch keine Differenz darüber, dass die bestehenden Kernkraftwerke bis auf weiteres weiterlaufen sollen. Wenn wir diese kurzfristig abstellen, entsteht eine Lücke, die dann einfach mit französischem Atomstrom, tschechischem oder deutschem Kohlestrom gefüllt wird. Das ist keine Lösung. Vorläufig brauchen wir die schweizerischen Kernkraftwerke, bis wir genügend Ersatzenergie beschaffen können. Andernfalls wird die Schweiz auch in Bezug auf die Strombeschaffung vom Ausland abhängig. Es würde dann Strom in die Schweiz geliefert, der nicht besser hergestellt wird als mit unseren Kernkraftwerken. Für die Nomination von Ständerat Roland Eberle in den Verwaltungsrat der Axpo Holding AG sprachen insbesondere folgende Gründe: Seine unternehmerischen Kenntnisse als ehemaliger CEO der SIA Abrasives AG, seine Vertrautheit mit der Politik als ehemaliger Regierungsrat, seine Kenntnisse in Finanzfragen als ehemaliger Regierungsrat und CEO einer grösseren Unternehmung und die Möglichkeit der Verbindung zwischen Bund und Axpo als Ständerat und zusätzlich als Mitglied der für die Energiepolitik zuständigen Kommission des Ständerates. Er ist das einzige Mitglied im Verwaltungsrat der Axpo, welches auch noch dem Eidgenössischen Parlament und zusätzlich der zuständigen Kommission angehört. Eine bessere Besetzung kann man sich nicht vorstellen. Die Axpo ist sehr froh, ihn und damit die Verbindung zur eidgenössischen Politik zu haben. Bei dieser Situation halte ich die Kritik des Interpellanten an der Wahl für verfehlt. Folgende Gründe sprachen für die Nomination von Peter Schütz in den Verwaltungsrat der Axpo Grid AG, der Netztchtergesellschaft: Wir wollten einen Verwaltungsrat des EKT in dieser Position haben. Peter Schütz hat durch seine Ausbildung und seinen Beruf im Netzbereich die besten technischen Kenntnisse. Er hat unternehmerische Kenntnisse, politische Erfahrung, Verbindungen zum Gewerbe und zum kantonalen Netzbetreiber.

Die Entschädigungen, welche das EKT seinen Verwaltungsratsmitgliedern ausbezahlt, sind angemessen, insbesondere wenn man die Fülle der Aufgaben wie die derzeit stattfindenden Umwälzungen im Energiebereich, die zeitliche Beanspruchung und die Verantwortung mitberücksichtigt. Der Regierungsrat sieht keinen Anlass zur Intervention.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.